

Unverkäufliche Leseprobe



Dieter Hein
Die Revolution von 1848/49

2019. 144 S., mit 8 Abbildungen und 1 Karte
ISBN 978-3-406-74256-9

Weitere Informationen finden Sie hier:
<https://www.chbeck.de/30637207>

© Verlag C.H.Beck oHG, München
Diese Leseprobe ist urheberrechtlich geschützt.
Sie können gerne darauf verlinken.

Die Revolution, die seit Anfang März 1848 die Staaten des Deutschen Bundes erschütterte, war kein isoliertes, auf den mitteleuropäischen Raum begrenztes Phänomen. Sie war Teil einer allgemeinen europäischen Entwicklung, in der sich tiefgreifende Spannungen seit langem mehr und mehr aufgebaut hatten und sich nun in gewaltsamen Auseinandersetzungen entluden. Das konkrete Konfliktpotential war von Land zu Land sehr verschieden. Von der revolutionären Bewegung erfasst wurden Regionen, die sich wie Frankreich, Deutschland und Oberitalien bereits mehr oder minder weit im Übergang zur Industrialisierung befanden, doch auch solche, die wie etwa Süditalien und weite Teile der Habsburgermonarchie noch rein agrarisch strukturiert waren. Verfassungsstaaten mit gewählten Parlamenten wurden ebenso ergriffen wie autokratisch regierte Länder. Die Erhebungen richteten sich gegen einheimische Monarchien wie auch gegen fremde Regime. Am ehesten war noch in dem außer in Frankreich überall anzutreffenden Streben nach nationaler Selbstbestimmung ein verbindendes, die jeweils landesspezifischen Bewegungen überwölbendes Element zu sehen.

Dieter Hein schildert kompetent und verständlich Ursachen, Verlauf und Nachwirkung der Ereignisse von 1848. Er lehrte als Professor für Neuere Geschichte an der Universität Frankfurt am Main. Seine Hauptforschungsgebiete bilden die Geschichte des Bürgertums im 19. Jahrhundert sowie die Parteien- und Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Im Verlag C.H.Beck ist von demselben Autor lieferbar: *Deutsche Geschichte in Daten* (2005) und *Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert* (2016).

Dieter Hein

**DIE REVOLUTION
VON 1848/49**

C.H.Beck

Mit acht Abbildungen und einer Karte

1. Auflage. 1998
- 2., durchgesehene Auflage. 1999
- 3., durchgesehene Auflage. 2004
4. Auflage. 2007
- 5., durchgesehene und aktualisierte Auflage. 2015

6., durchgesehene und aktualisierte Auflage. 2019

Originalausgabe

© Verlag C.H.Beck oHG, München 1998

www.chbeck.de

Satz: C.H.Beck.Media.Solutions Nördlingen

Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen

Reihengestaltung Umschlag: Uwe Göbel (Original 1995, mit Logo),

Marion Blomeyer (Überarbeitung 2018)

Umschlagabbildung: «Erinnerung an den Befreiungskampf

in der verhängnisvollen Nacht vom 18.–19. März 1848»

(Barrikade in der Breiten Straße, Berlin), Ausschnitt,

kolorierte Kreidelithographie, zeitgenössisch.

Berlin, Landesarchiv; © akg-images

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 74256 9



klimateutral produziert
www.chbeck.de/nachhaltig

Inhalt

Einleitung	7
1. Krise und Revolution	11
2. Die politische Etablierung der Revolution	29
3. Das neue Zentrum und die alten Mächte	41
4. Politik und Gesellschaft im revolutionären Deutschland	54
5. Die deutsche Nation in Europa	71
6. Revolutionswende	84
7. Die bürgerliche Gesellschaft	99
8. Der nationale Verfassungsstaat	110
9. Aufbäumen und Ende	123
10. 1848/49 – eine bürgerliche Revolution?	133
Weiterführende Literatur	139
Personenregister	143
Bildnachweis	144

Einleitung

Über mehr als anderthalb Jahrhunderte ist die Revolution von 1848/49 in Deutschland ein zentraler Gegenstand der politischen Identitätsstiftung und Traditionsbildung gewesen. Zunächst dominierte unter dem Eindruck ihrer Niederlage und im Zeichen der «Reichsgründung von oben» durch Preußen und Bismarck eine negative Sicht, die darauf zielte, die Revolution politisch zu bewältigen und sie aus dem historischen Bewusstsein der Deutschen zu verdrängen. Gegen sie setzte sich erst nach 1918 und vor allem nach 1945 eine zuvor nur von Minderheiten vertretene Form der positiven Identitätsbildung durch. Auch sie blieb allerdings je nach politischem Standort höchst verschieden akzentuiert. Besonders zwischen Ost und West wurde ein förmlicher Streit um das Erbe von 1848 ausgefochten, in dem sich die DDR ganz in die revolutionären und nach sozialer Gerechtigkeit strebenden Traditionen stellte und in dem die Bundesrepublik speziell ihre freiheitlich-rechtsstaatliche und parlamentarisch-demokratische Ordnung auf die Ideale von 1848 zurückführte. Jede der konträren Sichtweisen tendierte freilich gleichermaßen dazu, aus der Geschichte der Revolution einzelne Stränge, die das je eigene Bild zu legitimieren schienen, herauszugreifen und sie für das Ganze zu erklären.

Gegen eine solche vorschnelle und einseitige politische Instrumentalisierung der Revolution hat sich die Geschichtswissenschaft in den letzten Jahrzehnten mit Erfolg gewandt. Durch zahllose, in ihrer Fülle kaum mehr überschaubare Einzelstudien wurden völlig neue Untersuchungsfelder erschlossen, ergänzende Erkenntnisse gewonnen und gängige Auffassungen über das Geschehen differenziert. Betont wurden durch die neuere Forschung vor allem das Nebeneinander unterschiedlicher Handlungsebenen, die Verschiedenheit der Aktionen und Akteure, die Disparatheit der dabei eingesetzten Mittel und die Wi-

dersprüchlichkeit der verfolgten Ziele. So entstand ein Bild der Revolution, das durch die Vielfalt der sozialen und politischen Bewegungen charakterisiert war und das sich gegen eine ein-dimensionale, politisch instrumentalisierbare Deutung sperrte. Das Ende des Systemkonflikts zwischen Ost und West ließ nach 1849 den Streit um das Erbe von 1848 noch weiter in den Hintergrund treten. Ähnlich wie dies François Furet bereits vor langer Zeit für die Große Französische Revolution getan hat, kann man daher heute mit einigem Recht die Revolution von 1848/49 für beendet erklären. Die ideologischen Schlachten der Vergangenheit müssen nicht mehr stets von neuem geschlagen werden.

Das ist insofern von grundlegender Bedeutung für die Revolutionsforschung, als die Differenzierung des Revolutionsbildes, der Akt der Dekonstruktion mittlerweile ein Ausmaß erreicht hat, das die Konturen der Revolution vollends zu verwischen droht. Der Perspektivenreichtum neuerer Darstellungen, dessen grundsätzliche Berechtigung gar nicht bestritten werden soll, hat tendenziell dazu geführt, dass die einzelnen Handlungsebenen und -stränge nicht mehr wirklich aufeinander bezogen werden und dass hinter den verschiedenen sozialen Gruppen, die als Akteure der Revolution vorgestellt werden, kein Gesamtbild der Gesellschaft mehr aufscheint. Von der Revolution ist kaum mehr geblieben als die zeitliche Koinzidenz der Ereignisse, die in die Zeit vom März 1848 bis zum Juli 1849 fallen. Vereinzelt werden sogar Zweifel geäußert, ob es sich bei den Erhebungen von 1848/49 überhaupt um eine Revolution gehandelt habe.

Im Grunde müsste in der Tat der Verzicht auf den Revolutionsbegriff die logische Konsequenz sein, wenn es zwischen den verschiedenen politisch-gesellschaftlichen Bewegungen von 1848/49 kaum Gemeinsames, aber viel Trennendes gegeben hat. Denn der Begriff «Revolution» bezeichnet ja doch, bei aller Weite und Gegensätzlichkeit, der allen Versuchen zur Definition solcher «Großbegriffe» gemeinhin eigen ist, historische Ereignisse, mit denen sich, in der Regel gewaltsam und plötzlich, ein grundlegender Umbruch vor allem der staatlichen Ordnung vollzieht, ein Umbruch, dem ein ebenso fundamentaler, sich in

Massenbewegungen äußernder Wandel der sozialen Verhältnisse zugrunde liegt und der sich an einer – möglicherweise unscharfen oder auch widersprüchlich verstandenen – programmatischen Zielperspektive orientiert.

Will man in diesem Sinne den Revolutionsbegriff für die Ereignisse von 1848/49 ‹retten›, so sind es in erster Linie zwei zeitgenössische Leitbilder, die von ihrer politischen Ausstrahlungskraft und sozialen Breitenwirkung her das Bild einer Einheit der Revolution evozieren. Zumindest eignen sie sich, eine Art roten Faden der Revolutionsgeschichte zu bilden. Beide zeichnen sich zudem dadurch aus, dass sie nicht nur zentrale politische und gesellschaftliche Zielvorstellungen bündelten, sondern dass sie zugleich unmittelbar handlungsstrukturierend wirkten.

Das war zum einen die Vorstellung, dass sich die Gesellschaft in einem umfassenden Sinne emanzipieren, sich von allen äußeren Eingriffen vor allem des Staates wie auch von ihren inneren historisch überkommenen Verformungen und Verkrustungen befreien müsse, um sich dann in Freiheit selbst organisieren und über ihre Zukunft bestimmen zu können. Das war in Abgrenzung zur älteren Form der ständischen Gesellschaft das Ideal der ‹bürgerlichen Gesellschaft›. Der Begriff ist also hier nicht im Sinne einer gesellschaftlichen Ordnung gemeint, die von einer fest umrissenen sozialen Gruppe von Bürgern oder bürgerlichen Eliten geprägt und beherrscht wird, und wird auch nicht als ein klar definiertes ‹Projekt› verstanden, gekennzeichnet durch individuelle Freiheit, staatsbürgerliche Gleichheit und marktwirtschaftliche Strukturen. Vielmehr war das Leitbild der bürgerlichen Gesellschaft gewissermaßen mehr Handlungsmaxime als Zielperspektive. Gerade darin trafen sich, über alle gravierenden Differenzen und Widersprüche hinweg, traditionale, lokal verwurzelte Autonomievorstellungen und moderne Ideen individueller Freiheit.

Von ähnlich weittragender Bedeutung war zum anderen das Leitbild der Nation, die – ungeachtet aller weiteren darin mitschwingenden Vorstellungen einer Wiederherstellung des alten, untergegangenen Reiches wie auch der Schaffung eines nationalen Machtstaates – im Kern als eine sich selbst konstituierende

Nation gedacht wurde. Sie verwirklichte sich also, wie es der ursprünglichen Einheit von liberaler und nationaler Bewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entsprach, in einer nationalen Konstitution, im nationalen Verfassungsstaat. Die Nation war insofern geradezu der Inbegriff eines Staates, der sich der Gesellschaft unterworfen hatte bzw. von ihr überwältigt worden war.

Nationaler Verfassungsstaat und bürgerliche Gesellschaft in diesem Sinne waren in der Revolution von 1848/49 – das ist die These, der der hier vorliegende Band folgt – weit mehr als nur die Zielsetzungen einer im engeren Sinne bürgerlichen Bewegung und einer von ihr getragenen institutionalisierten Revolution. Gerade ihre Ausstrahlung auf weitere Bereiche der Gesellschaft erklärt die revolutionäre Dynamik, erklärt aber auch die starken Spannungen innerhalb der revolutionären Bewegung, da sich mit den zentralen Leitbildern höchst unterschiedliche konkrete Zielsetzungen und politisch-soziale Erwartungen verbanden. Erst nach der Revolutionswende im Herbst 1848 setzte sich wieder in weiten Kreisen die Auffassung durch, dass unter Zurückstellung aller weitergehenden Forderungen die Besinnung auf die zentralen Leitbilder und Werte der Revolution im Vordergrund stehen müsse. Die Rückwendung kam freilich zu spät, als dass das Scheitern der Revolution noch hätte abgewendet werden können.

Für eine in sich geschlossene Deutung der Revolution unter diesen beiden Leitlinien fehlen heute in vieler Hinsicht noch die Voraussetzungen. Wir wissen trotz einer intensiven Bürgertums-, Liberalismus-, Nationalismus- oder auch Protestforschung immer noch zu wenig über die Resonanz, die die beiden genannten Leitbilder in den klein- und unterbürgerlichen Schichten fanden, über den Zusammenhang, der zwischen konkreten wirtschaftlichen und sozialen Forderungen und abstrakten politischen Zielsetzungen bestand, oder auch über die Verknüpfung von nationalem und lokalem Revolutionsgeschehen. Insofern versteht sich der Band als eine Zwischenbilanz und als ein Versuch, die Richtung anzuzeigen, in die eine so akzentuierte Deutung der Revolution gehen könnte.

1. Krise und Revolution

Die Revolution, die seit Anfang März 1848 die Staaten des Deutschen Bundes erschütterte, war kein isoliertes, auf den mitteleuropäischen Raum begrenztes Phänomen. Sie war Teil einer allgemeinen europäischen Entwicklung, in der sich tiefgreifende Spannungen seit langem mehr und mehr aufgebaut hatten und nun in gewaltsamen Auseinandersetzungen entluden. Das konkrete Konfliktpotential war von Land zu Land sehr verschieden. Von der revolutionären Bewegung erfasst wurden Regionen, die sich wie Frankreich, Deutschland und Oberitalien bereits mehr oder minder weit im Übergang zur Industrialisierung befanden, doch auch solche, die wie etwa Süditalien und weite Teile der Habsburgermonarchie noch rein agrarisch strukturiert waren. Verfassungsstaaten mit gewählten Parlamenten wurden ebenso ergriffen wie autokratisch regierte Länder. Die Erhebungen richteten sich gegen einheimische Monarchen wie auch gegen fremde Regime. Am ehesten war noch in dem außer in Frankreich überall anzutreffenden Streben nach nationaler Selbstbestimmung ein verbindendes, die jeweils landesspezifischen Bewegungen überwölbendes Element zu sehen.

Es war gerade die europäische Perspektive, der Blick auf die soziale Gärung und politische Unruhe in vielen Ländern des Kontinents, der der liberalen Opposition gegen den monarchisch-bürokratischen Obrigkeitsstaat auch in Deutschland die Zuversicht gab, dass die Entwicklung unaufhaltsam zu größerer politischer Freiheit und zu einem Europa der selbstbestimmten Nationen führen werde. Dramatisch verstärkte sich um die Jahreswende 1847/48 auch bei den gemäßigten, auf den Weg der Reform setzenden Sprechern der Opposition der Eindruck, dass, wenn nicht bald durchgreifende Veränderungen erfolgten, alles auf einen gewaltsamen Umbruch, auf eine Revolution zutriebe, ja, mehr noch, dass auch ihnen kaum anderes übrig bleibe, als

angesichts der starren Haltung der Monarchen und ihrer Regierungen auf diesen Weg zu setzen. In diesem Sinne klagte Karl Mathy, gemeinsam mit seinem Mannheimer Freund Friedrich Daniel Bassermann der führende Sprecher der badischen Liberalen, am 23. Februar 1848 in der Zweiten Kammer, der vom Volk gewählten Vertretung seines Landes, über die geringen Erfolge, die die bislang an den Tag gelegte «Zahmheit» erbracht habe; es sei an der «Zeit, daß man es mit der Wildheit probiert, aber sie darf sich nicht auf den Ständesaal allein beschränken». Dies war in der Tat, wie sogleich von konservativer Seite und von der Regierungsbank empört bemerkt wurde, «eine revolutionäre Äußerung», es war ein kaum verhüllter Appell an die Straße, ein Aufruf zur Volkserhebung.

Insofern kam die schwere politische Erschütterung, die seit Ende Februar 1848, vorbereitet durch den Schweizer Sonderbundskrieg von 1847 und die Revolution im Königreich Neapel im Januar und unmittelbar angestoßen durch den Umsturz in Frankreich, zunächst den deutschen Südwesten erfasste, alles andere als unerwartet. Sie war gewiss von der breiten Mehrheit der oppositionellen Kräfte im eigentlichen Sinne nicht gewollt. Ihr tatsächlicher Ausbruch kam auch – wie fast jeder politische Umschwung von weittragender Bedeutung – für die Beteiligten überraschend. Dennoch war sie angesichts der seit Monaten unübersehbaren Verschärfung der politischen und sozialen Gegensätze und der starren Haltung des Staates nahezu unvermeidlich. Dieses Bewusstsein bestimmte sogleich die Sprache in den ersten Bürger- und Volksversammlungen. Und es prägte ebenso die Haltung der Monarchen und ihrer Kabinette. Es erklärt zu einem erheblichen Teil ihre letztlich nur schwache Gegenwehr, ihr baldiges Eingehen auf die Forderungen der revolutionären Bewegung. «Es fehlte ihnen», wie Bassermann einmal bemerkt hat, «das gute Gewissen», sich mit aller Macht der Erhebung zu widersetzen.

Der Ablauf des Geschehens folgte in vielen kleineren und mittleren deutschen Staaten – bei zahllosen Abweichungen im Einzelnen – jenem Muster, mit dem das Großherzogtum Baden vorangeschritten war. Kaum waren die ersten Nachrichten über

die Ausrufung der Republik in Paris eingetroffen, hatten sich am 27. Februar 1848 mehrere Tausend Mannheimer in der Aula des ehemaligen Jesuitengymnasiums versammelt, um – von vornherein auch in der Absicht, auf die Entwicklung im übrigen Deutschland einzuwirken – zu der neuen Lage Stellung zu beziehen. Das Ergebnis der Versammlung war der Form nach eine Petition an die Zweite Kammer, wie so viele in den Jahren zuvor. Doch in ihrer scharfen und direkten Diktion machte sie unmissverständlich deutlich, dass sich die Situation von Grund auf geändert habe und dass ein fundamentaler Systemwechsel auf der Tagesordnung stehe. Konkret erhob man vier zentrale Forderungen: Mit der Volksbewaffnung sollte dem stehenden Heer des Monarchen ein Machtmittel der Bürger entgegengestellt werden. Mit der Pressefreiheit sollten die Jahre der politischen Knebelung und Unterdrückung beendet werden. Schwurgerichte sollten an die Stelle der bürokratischen Kabinetts- und Gesinnungsjustiz treten. Und in dem Verlangen nach sofortiger «Herstellung eines deutschen Parlaments» verbanden sich die Zielsetzungen, einen parlamentarisch regierten Verfassungsstaat zu schaffen und einen deutschen Nationalstaat zu konstituieren. Damit war der klassische Katalog formuliert, der in den folgenden Wochen – hier und da ergänzt durch den einen oder anderen Programmpunkt der vormärzlichen Oppositionsbewegung – als «Märzforderungen» überall in Deutschland die Runde machen sollte.

Nun überstürzen sich die Ereignisse. Am nächsten Tag schließen sich die Heidelberger, dann auch die Karlsruher und die Freiburger mit ähnlich lautenden Resolutionen an. Und am 1. März ziehen, obwohl sich die Regierung bereits am Tag zuvor zu weitreichenden Konzessionen bereit erklärt hat, mehrere Tausend Menschen – teilweise mit Sonderzügen der neuen Eisenbahn herbeigebracht – durch die Straßen der Hauptstadt, um ihren Forderungen vor dem Ständehaus demonstrativ Nachdruck zu verleihen. Angesichts der Menschenmassen halten die meisten an die hauptstädtische Ruhe gewöhnten Karlsruher, wie selbst die liberale «Deutsche Zeitung» spöttisch bemerkt, verschreckt die Fensterläden geschlossen. Nur mühsam gelingt

es der Kammer, gegen den Druck der Massen den eigenen Anspruch als gewählte Volksvertretung zu wahren und sich nun ihrerseits den Forderungskatalog in geordneten Beratungen zu eigen zu machen und ihn zugleich um wichtige Punkte, die Ministerverantwortlichkeit, die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung, die Abschaffung der verbliebenen Feudalrechte, zu ergänzen. Während die Regierung in den folgenden Tagen wiederum einzelne Reformzusagen gibt, mit weiter greifenden Schritten aber noch zögert, springt die Märzbewegung bereits auf andere deutsche Städte und Staaten über, beginnen auch beim Bundestag in Frankfurt am Main hektische Beratungen darüber, wie die Bewegung durch zum Teil weitreichende Zugeständnisse in den Bahnen der Bundesverfassung gehalten werden kann. In Baden finden nun täglich in zahllosen weiteren Städten und Gemeinden Bürger- und Volksversammlungen mit oft mehreren Tausend Teilnehmern statt, die Märzbewegung erfasst das ganze Großherzogtum. Vor allem jedoch setzen im Odenwald und in anderen standesherrlichen Gebieten die ersten Bauernunruhen ein: Amtshäuser werden gestürmt, Grundbücher und Schuldurkunden verbrannt, Schlösser angegriffen und teilweise zerstört. Hinzu kommen Übergriffe speziell auf jüdische Geldverleiher, Getreide- und Viehhändler wie auch antisemitische Ausschreitungen, die sich pauschal gegen die jüdische Minderheit richten. Jetzt endlich lenkt Großherzog Leopold vollständig ein. Die Regierung wird umgebildet, Karl Theodor Welcker, einer der prominentesten Sprecher der liberalen Kammeropposition, wird auf den wichtigen Posten des badischen Gesandten beim Bundestag berufen. Die ländlichen Unruhen werden durch die rasche Entsendung von Truppen und durch den Beginn der Beratungen über ein Agrarreformgesetz, die bereits am 10. April erfolgreich abgeschlossen werden, beigelegt.

Diesem Muster folgten, wie gesagt, die Märzereignisse auch in anderen deutschen Staaten. In Massenversammlungen wurde die städtische Bevölkerung mobilisiert, meist ein breites soziales Spektrum vom gehobenen Bürgertum über Handwerksmeister und Gesellen bis hin zu Arbeitern und Tagelöhnern. Teilweise

war wie in Nassau auch die Landbevölkerung bereits in großer Zahl beteiligt. In Resolutionen und Adressen wurden die politischen Forderungen formuliert, die dann mit Demonstrationen in der Hauptstadt unterstrichen wurden. Gewaltsame Aktionen – wie etwa die Erstürmung des Zeughauses in München – blieben hier eher die Ausnahme. Die Regierungen wagten durchweg nicht, Gewalt anzuwenden und Militär einzusetzen. Nach meist kurzem Zögern gingen sie, auch unter dem Druck massiver und durchaus nicht gewaltfreier agrarischer Protestbewegungen, auf die Märzforderungen ein, konzidierten einen Kurswechsel im liberalen Sinne, der je nach dem bisherigen politischen System auch Neuwahlen, Wahlrechtsreformen und Verfassungsversprechen einschließen konnte. Den vorläufigen Abschluss der Bewegung bildete in der Regel die Berufung eines «Märzministeriums» unter Einschluss liberaler Oppositionspolitiker. Die Monarchen selbst blieben – anders als in Frankreich, wo am 24. Februar der «Bürgerkönig» Louis Philippe gestürzt und die Republik ausgerufen worden war – unbehelligt. Nur Ludwig I. von Bayern verlor seinen Thron, dies jedoch aus eigenem Entschluss und nur, weil er sich durch persönliche Affären in eine unhaltbare Lage gebracht hatte. Binnen zweier Wochen war die Mehrzahl der deutschen Staaten im liberalen Sinne revolutioniert worden. Der preußische Gesandte in München nannte die Vorgänge «eine mit Leichtigkeit vollbrachte Revolution».

Noch freilich war über Erfolg oder Misserfolg der Märzbewegung nicht wirklich entschieden. Denn noch waren die beiden Vormächte des Deutschen Bundes, die beiden konservativen, nach wie vor absolutistisch regierten Bollwerke Österreich und Preußen, nur in Teilregionen, nicht jedoch in der Hauptstadt von der revolutionären Bewegung erfasst oder gar überwältigt worden. In Wien kam es, nachdem Ungarn und Tschechen bereits seit Anfang März mit Autonomieforderungen hervorgetreten waren, erst am 13. März zur offenen Konfrontation und zur politischen Wende. Eine rasch anwachsende Zahl von Demonstranten nahm an diesem Tage das Zusammentreten des niederösterreichischen Landtags zum Anlass, den seit Tagen von zahl-

reichen bürgerlichen Vereinen präsentierten Märzforderungen mit Massenprotesten zum Durchbruch zu verhelfen. Als die Menge das Ständehaus stürmte und das in der Stadt verteilte Militär vereinzelt auf die Demonstranten schoss, spitzte sich die Situation dramatisch zu: In der Innenstadt wurden Barrikaden errichtet und mit Gewalt verteidigt, in den Vorstädten wurde geplündert, wurden Fabriken besetzt und Maschinen zerstört, an der Stadtgrenze gingen Maut- und Zollhäuser in Flammen auf. Insgesamt forderten die blutigen Kämpfe 60 Todesopfer. Noch am gleichen Tage entschlossen sich Krone und Regierung, das auch von Staatskanzler Metternich befürwortete gewaltsame Vorgehen einzustellen und auf die Forderungen der Bewegung einzugehen. Metternich, die verhasste Zentralfigur des alten Systems und der vormärzlichen Unterdrückungspolitik, musste bei Nacht und Nebel ins Ausland fliehen. Am 17. März wurde eine neue Regierung gebildet, in der allerdings überzeugte Liberale kaum vertreten waren. Zugleich begannen die Arbeiten an einer Verfassung, die zwar in ihren Grundzügen liberalen Vorstellungen entgegenkam, die aber, weil sie vom Kaiser am 25. April aus eigener Machtvollkommenheit ohne Mitwirkung gewählter Volksvertreter in Kraft gesetzt wurde und weil sie die Unterschichten vom Wahlrecht ausschloss, auf heftige Kritik stieß. So blieb die Lage in Wien hoch gespannt. Die Schaukelpolitik der Regierung zwischen liberalen Konzessionen und antirevolutionärem Beharren begünstigte den festen Zusammenschluss gerade auch der radikalen Kräfte, etwa der bewaffneten Studenten in der Akademischen Legion. Mitte und Ende Mai kam es erneut zu Demonstrationen und teilweise auch blutigen Straßenkämpfen, bei denen die Regierung weiter zurückweichen musste. Die kaiserliche Familie siedelte in das politisch ruhige Innsbruck über, während in der Hauptstadt – aber auch nur hier – die radikalen Gruppen mit dem «Sicherheitsausschuss» eine Art revolutionäre Nebenregierung etablieren konnten.

Wie in Wien, so vollzog sich auch in Berlin der Umbruch nicht ohne Gewalt. Noch bis Mitte März war die Lage in der preußischen Hauptstadt, während es in den großen rheinischen Städ-

ten, ebenso in Magdeburg und Breslau bereits zu erheblichen Unruhen gekommen war, eher ruhig. Erst das zögernde Eingehen des preußischen Königs auf die allmählich anschwellende Petitionsbewegung und die massive Präsenz des Militärs in den Straßen Berlins führten zur Eskalation. Obwohl die ersten Todesopfer bei Zusammenstößen zwischen Soldaten und Zivilisten und die Nachrichten aus Wien den Monarchen am 18. März veranlassten, in zwei Patenten die Aufhebung der Zensur und die Einberufung des Vereinigten Landtags verkünden zu lassen, führte am Nachmittag des gleichen Tages die Konfrontation einer großen Menschenmenge und der Truppen auf dem Schlossplatz zum offenen Ausbruch der Gewalt. Die zunächst durch das Militär zerstreute Menge errichtete, unterstützt von weiten Kreisen der Bevölkerung, Hunderte von Barrikaden und verteidigte sie in der Nacht auch gegen das massive Vorgehen der an sich überlegenen Truppen. Werner Siemens schrieb zwei Tage später, bereits den Erfolg des gewaltsamen Aufbegehrens vor Augen, an seinen Bruder: «Es war eine schrecklich schöne Nacht.» Denn am Morgen des 19. März – die Kämpfe hatten inzwischen mehr als 300 Tote gefordert – hatte Friedrich Wilhelm IV. eingelenkt: Die Truppen wurden aus der Stadt zurückgezogen, selbst die Schlosswache bald von Einheiten der Bürgerwehr übernommen. Der Bruder des Königs, Prinz Wilhelm, der spätere Kaiser Wilhelm I., energischer Befürworter eines militärischen Vorgehens, musste Berlin verlassen und wie Metternich nach England gehen. König und Königin ehrten die auf dem Schlossplatz aufgebahrten Märzgefallenen. Und zwei Tage später folgte jener berühmte Ritt durch die Straßen der Hauptstadt, bei dem Friedrich Wilhelm die neue Bürgernähe vor aller Augen demonstrierte und sich in einer Ansprache zu einer Politik der konstitutionellen Freiheit und nationalen Einheit bekannte. «Preußen geht fortan in Deutschland auf» – dieser Schlusssatz der königlichen Proklamation zeigt Preußen auf dem Weg liberaler «Eroberungen» und wird zum Leitmotiv aller Hoffnungen auf den erfolgreichen Abschluss einer kleindeutschen Einigung. Untermauert wurde der Kurswechsel am 29. März durch die Berufung eines Reformministeriums mit zwei prominenten rhei-

nischen Liberalen an der Spitze, dem Aachener Unternehmer David Hansemann als Finanzminister und dem Kölner Bankier und Kaufmann Ludolf Camphausen als Ministerpräsident. Knapp drei Wochen später ebnete der Vereinigte Landtag mit der Ausschreibung von Wahlen zu einer preußischen Nationalversammlung auch den Weg Preußens zum Verfassungsstaat.

Die Revolution hatte fürs Erste in ganz Deutschland gesiegt. Überall wehte die so lange unterdrückte schwarz-rot-goldene Fahne, ausgerechnet von dem bisherigen Zentralorgan der Reaktion, dem Bundestag, bereits am 9. März zu den deutschen Nationalfarben erklärt. Vollzogen hatte sich im März, wie oft konstatiert worden ist, zuallererst eine politische Revolution. Das zielt gleich auf mehrere Aspekte der Erhebung, ihrer Ziele und ihrer Ursachen.

Die Märzereignisse hatten, das konnte zunächst einmal gemeint sein, ausschließlich einen politischen Kurswechsel gebracht. Gemäßigte Liberale waren in politisch verantwortliche Ämter berufen worden, wichtige Forderungen der bürgerlich-liberalen Bewegung wie der Verfassungsstaat, die nationale Einheit und eine liberale Rechtsordnung waren durchgesetzt, oder ihre Verwirklichung war zumindest nahegerückt. Aus der Perspektive des gehobenen Bürgertums und seiner Sprecher galt es, diese Errungenschaften zu sichern, zu sichern durch ein Ende der Revolution und eine Politik der Reformen. Die Revolution musste, so sahen es die Liberalen, eine politische bleiben, um eine gefährliche Radikalisierung und soziale Umwälzung zu verhindern.

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de